1430

Liebknecht: Für meine Partei ist die neue Militärvorlage unbedingt unannehmbar. Seit dem Jahre 1872 sind in Deutschland über 14 Milliarden für Militär und Marine ausgegeben worden, wir haben heute im Reiche und in den Einzelstaaten 11 Milliarden Schulden, und wir befinden uns zu gleicher Zeit in einer wirtschaftlichen Notlage, wie sie in solcher Intensivität noch niemals dagewesen ist. Und da kommt man uns noch mit einer neuen Militärvorlage von solchem Umfange. Unser heutiges Wirtschaftssystem ist unhaltbar, es läuft geradezu auf Vernichtung der Produzenten hinaus. Das kleine Handwerk wird aufgesogen und gerade aus der sächsischen Einkommensteuerstatistik, auf welche sich Buhl beruft, läßt sich nachweisen, daß das Handwerk dem sicheren Untergange geweiht ist. Mit der kleinen Landwirtschaft geht es ebenso, und durch die Schutzzollpolitik wird dieser Vernichtungsprozeß noch beschleunigt. Mit all den kleinen Gesetzen, die vom Zentrum und den Konservativen vorgeschlagen werden, rettet man auch nicht einen einzigen Handwerksmeister. Das Eindringen des Antisemitismus in die konservativen Wahlkreise bedeutet nichts weiter, als das Eindringen des Sozialismus. (Oho.) Ja, den Ahlwardt haben Sie im Pelze und den werden Sie nicht so leicht los werden. Jetzt ist die Bewegung gegen das jüdische Kapital gerichtet; man wird aber bald dahinter kommen, daß das Kapital anderwärts, nämlich bei den großen Rittergutsbesitzern, zu finden ist. Das stehende Heer von heute ist das stehende Heer von 1806, das Heer von Jena; in Zeiten der Gefahr kommt die Hilfe von unten herauf, da sind es ganz andere Kräfte, welche zum Siege führen. Wer den Frieden ernsthaft will, der erreicht ihn nicht durch Vermehrung der Soldaten, sondern er muß dahin wirken, den jetzigen Kriegszustand zu beseitigen. Wenn die allgemeine Wehrpflicht streng durchgeführt wird, so gehen wir doch lieber zur allgemeinen Volksbewaffnung über, dann werden nicht 4, sondern 8 Millionen Soldaten ins Feld geschickt werden können. Die heutige lange Dienstzeit ist überflüssig; dieselbe wird ja auch nur zur Erzeugung des sogenannten militärischen Geistes gebraucht. Ebenso wie auf nationalökonomischem Gebiete bestehen auch auf politischem Gebiete schwerwiegende Gründe gegen die Militärvorlage. Redner kommt hierbei auf die Emser Depesche zu sprechen. Durch das, was der Reichskanzler Graf Caprivi in dieser Sache mitgeteilt habe, sei gar nichts geändert. Es sind im Gegenteil noch sehr schwerwiegende Momente hinzugekommen. Fürst Bismarck ist rechtzeitig davon unterrichtet worden, daß sich der französische Botschafter Benedetti bei der Erklärung des Königs von Preußen über die spanische Thronfrage beruhigte, und er hat somit die Möglichkeit gehabt, die Wirkung seiner Emser Depesche aufzuheben. Frankreich ist damals gar nicht zum Kriege gerüstet gewesen, und würde es sicher nicht zum Aeußersten haben kommen lassen, wenn auch Napoleon den Krieg brauchte, weil sein Thron wackelig geworden war. Aber wäre bekannt gewesen, was heute amtlich bekannt ist, der Krieg wäre 1870 nicht ausgebrochen, wenn auch das Kaiserreich zusammengebrochen wäre. In die Politik muß nach dieser Enthüllung wieder die Moral eingeführt werden. Werden Fälschungen aus Nützlichkeitsgründen für zulässig gehalten, dann geht man direkt auf die Vernichtung aller Kultur hinaus. Das Volk will die Ablehnung der neuen Militärvorlage; überall erschallt der Ruf: „Waffen nieder". Mag die Regierung nur den Reichstag auflösen, sie wird den Willen des Volkes dann kennen lernen. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Zischen rechts.)

v. Frege (kons.): Der große Zug, welcher 1870 durch unser Volk ging, hat bei Liebknecht und seinen Freunden allerdings kein Verständnis gefunden. (Bravo!) Deshalb können uns auch seine Erzählungen von der Emser Depesche nicht groß berühren. Die Sozialdemokratie will ja allen helfen, und sich sogar des Handwerkers und des kleinen Landmanns annehmen, deren größter Feind sie doch ist. Sie wird auch mit ihren Lockrufen kein Glück haben. Daß Liebknecht so sehr gegen den Militärdienst eingenommen ist und weiterhin gegen die neue Vorlage, kann allerdings nicht Wunder nehmen. Wenn durch die Heranziehung der jungen unerfahrenen Leute zum Militärdienst der sozialdemokratischen Agitation der Boden entzogen wird, während die älteren Leute zu Hause bleiben können, so wird das eine sehr segensreiche Folge der neuen Militärvorlage sein. Zu dieser Vorlage definitiv Stellung zu nehmen, wird noch Zeit genug sein, wenn dieselbe hier zur Debatte steht; aber die Bitte spreche ich aus, daß die Vertretung solcher Vorlagen künftig nur durch die berufenen Organe und nicht durch eine so ungeschickte offiziöse Vermittelung, wie im Militärwochenblatt, erfolgt. Durch jenen Artikel über die Landwehr wurde Verstimmung in die treuesten und loyalsten Kreise getragen. Dankenswert ist es, daß bei den Kostendeckungsvorlagen für die Militärorganisation der Tabak aus dem Spiel gelassen, dafür aber an eine Erhöhung der Börsensteuer herangetreten ist. Was die Brausteuer anbelangt, so fällt deren Erhöhung gegenüber dem Aufwand, der mit den Bierpalästen getrieben wird, gar nicht ins Gewicht; der Vergnügungssucht muß entgegengetreten werden. Auch der Branntwein soll zum Besten der Heeresverstärkung mehr bluten. Ich kann mir das nur so denken, daß doch in jedem Falle die Steuerdifferenz von 20 Mark bestehen bleibt. Zum Etat selbst läßt sich nur wenig sagen, da die Mehrforderungen meist Konsequenzen früherer Beschlüsse des Reichstages sind. Vor allen Dingen sind aber die Marineforderungen zu beschränken. Eine der wichtigsten Fragen für alle Kreise unseres Volkes ist allerdings die Währungsfrage, und nicht zu bestreiten ist, daß uns durch die Goldwährung Millionen und aber Millionen verloren gegangen sind. Die Haltung unserer Vertreter auf der internationalen Münzkonferenz in Brüssel, die sich für Aufrechterhaltung der Goldwährung ausgesprochen haben, ist daher nicht sehr erfreulich. Wir sollten doch in der Währungsfrage allein vorgehen und uns nicht von England ins Schlepptau nehmen lassen. (Beifall.) Die Weiterberatung wird hierauf auf Freitag vertagt.

Örtliches und Sächsisches.

Frankenberg, 2. Dezember 1892.

† Am nächsten Sonntag hat die Kirchgemeinde Frankenberg einen Teil ihrer Vertreter im Kirchenvorstande neu zu wählen, und zwar Stadt Frankenberg 5, Gunnersdorf, Hausdorf und Neudörfchen je 1 Vertreter. In Frankenberg scheiden aus die Herren Kirchenrechnungsführer Lippoldt, Friedensrichter Cl. Schieck sen. und Gustav Schiebler, Stadtrat Schwenke und Friedensrichter H. Uhlemann. Entgegen einer früheren Notiz in diesem Blatte, daß mehrere dieser ausscheidenden Herren eine Wiederwahl nicht wieder annehmen würden, sei hier mitgeteilt, daß Herr Stadtrat Schwenke auf seinen ausgesprochenen Verzicht verharrt, dagegen die anderen Ausscheidenden, und gewiß auch trotz seines leidenden Zustandes Herr Friedensrichter Schieck sen. eine etwaige Wiederwahl nicht ablehnen würden, sobald sich das Vertrauen der Mitbürger wieder auf ihre Personen richtet. — Es sind im Inseratenteile dieses Blattes verschiedentliche Wahlvorschläge gemacht worden. Sache der Wähler (121 aus der Stadt haben sich vorschriftsmäßig in die 12 Tage lang ausgelegene Wahlliste eintragen lassen) wird es sein, die rechten Männer zu wählen, welche zu dem Amt eines Kirchenvorstehers sich eignen, bezw. durch ihre bisherige Amtierung bestätigt haben, daß sie diese Anforderungen erfüllen. — Die Wahl selbst findet am Sonntag nach beendigtem Vormittagsgottesdienst (also etwa ½11 Uhr) bis mit ½1 Uhr in der Sakristei des Gotteshauses statt.

† „Probieren geht über Studieren." So möchte man wohl auch über das neue Gesetz betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe denken. Das kgl. Ministerium des Innern hat neuerdings eine neue Verordnung erlassen, in welcher es etwa folgendes ausspricht: Nachdem vor Einführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen von vielen Seiten die Anträge und Wünsche eingingen, daß die Schlußstunde für jede geschäftliche Thätigkeit an Sonn- und Festtagen in die ersten Nachmittagsstunden verlegt werden könne, hatte doch das Ministerium die Stunde nachmittags 4 Uhr als allgemeine und äußerste Schlußzeit des sonntägigen Handels festgestellt, um zu verhindern, daß der Verkehr des platten Landes zu den Städten eine sonderliche Beeinträchtigung erfahre. Nur für ganz einzelne Handelszweige und besonders verkehrsreiche Sonntage glaubte die höchste Landesbehörde von Anfang an Ausnahmen zugestehen zu dürfen. Nach den Erfahrungen aber, die das kgl. Ministerium aus dem ganzen Lande angesammelt hat, zeigt es sich, daß die Schlußzeit 4 Uhr in vielen Fällen eine zu zeitige ist und zu wesentlicher Benachteiligung des Handels geführt habe. Das Ministerium erklärt, für Orte, in denen in Rücksicht auf Landkundschaft erwünscht erscheint, eine spätere Schließstunde gern zugestehen zu wollen, insoweit durch eine derartige Ausdehnung des Handelsbetriebes die vom Gesetz zugelassene fünfstündige Beschäftigung nicht überschritten wird. — Gelegentlich der Behandlung der Geschäftsstunden für die Ausnahmesonntage (Advent und Jahrmarkt) hat kürzlich das hiesige Ratskollegium auch diese neue Frage besprochen und wird die nach dieser Hinsicht auszusprechenden Wünsche des heutigen Handelsstandes gern berücksichtigen, nur solle eine etwa erwünschte spätere Schlußzeit nicht über 5 Uhr hinausgelegt werden. Der Vorstand des Gewerbevereins ist aufgefordert worden, die Wünsche der Handelskreise und bez. den Beteiligten gleich solche Vorschläge zu unterbreiten, denen die behördliche Zustimmung im voraus sicher ist. Es ist von seiten des Gewerbevereins zu diesem Zwecke eine Besprechung für nächsten Montag, abends 9 Uhr im Roß angesetzt worden und seien die Interessenten des Handels auch hierdurch eingeladen.

† Es ist zur Genüge im deutschen Reiche bekannt, daß von Zentrumsseite an den Reichstag abermals herangegangen werden soll, das Jesuitengesetz umzustoßen, damit die Jesuiten im deutschen Reiche wieder Zulaß finden und ihr der evangelischen Kirche gefährliches Werk ungehindert wieder beginnen können. Vor 2 Jahren bereits sahen sich allenthalben im Reiche Evangelische, denen ihr Glaube lieb ist, veranlaßt, petitionsweise vorzugehen, damit das Jesuitengesetz bleibe wie es ist und den „Jesuiten und ähnlichen Kongregationen" der Zutritt ins Reich verschlossen bleibe. Auch unser Frankenberg regte sich damals; in den Petitionen, welche in Stadt und Umgebung ausgelegt waren, hatten über 1300 Männer ihre Zustimmung zu dem berechtigten Verlangen der Protestanten gegeben. Es wurde damals, als man auf katholischer Seite den Entrüstungssturm beobachtete, der durch ganz Deutschland ging, der „Jesuitenantrag" zurückgezogen. Die zahlreichen Petitionen kamen daher nicht zur Geltung. Nun kommt abermals „der alte böse Feind, — mit Ernst er's jetzt meint", — da heißt es für die Evangelischen: „Seid kampfbereit!" Unser Evangelischer Bund, der 1890 die besprochene Petitionsangelegenheit in die Hand nahm, wird auch diesmal die Veranlassung geben, daß die Petitionen in Frankenberg wie im ganzen Amtskreis zur Auslage kommen. Es sei heute schon darauf hingewiesen und seien die Männer unseres Glaubens gebeten, die Sache thatkräftig zu unterstützen. Wenn hier die Teilnahme an der Unterzeichnung der Petition wieder eine so kräftige ist, wie 1890, und wenn gleichzeitig überall im Land und Reich gleiches geschieht, dann wird die Stimme des Volkes mächtig an den Reichstag herankommen und die Abgeordneten belehren, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit nichts von den Jesuiten wissen wolle, welche da, wo sie sich einnisten, jedwedes friedliche Einvernehmen stören, welches erfreulicherweise vielfach zwischen Evangelischen und Katholiken noch herrscht, wenn sie neid- und streitlos neben einander ihren Glauben ausüben! In den nächsten Nummern dieses Blattes wird über die Petition näheres mitgeteilt werden.

† Aus dem Amtsbezirk. Es sei an dieser Stelle mitgeteilt, daß für die Stelle des verstorbenen Herrn Gemeindevorstandes Fiedler in Lichtenwalde der bisherige Gemeindeälteste Herr Kantor Rockstroh gewählt und im Laufe des Monats November verpflichtet worden ist. Als Gemeindeältester tritt nun Herr Ziegelmeister Protze in den Gemeinderat ein. — In Oberlichtenau wurde die durch den Tod Herrn Böhmes erledigte Stelle eines Gemeindevorstehers Herrn Hausbesitzer und Holzhändler Aug. Friedr. Böhme übertragen und ist diese Wahl von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden. — Für Ebersdorf ist das Amt eines Leiters des Gemeindewesens ausgeschrieben, nachdem Herr Gemeindevorstand Richter, der 36 Jahre (davon 30 Jahre als Ortsvorstand) der Gemeinde treue Dienste geleistet, mit Ende dieses Jahres in den wohlverdienten Ruhestand eintritt.

— „Wahl macht Qual!" Dieses Sprichwort bewahrheitet sich in drastischer Weise bei der diesjährigen Stadtverordnetenwahl in Dresden, zu welcher nicht weniger als 21, schreibe ein und zwanzig, Wahlvorschläge von den einzelnen sich mit städtischen Angelegenheiten befassenden Vereinen u. s. w. vorliegen.

— Am Mittwoch früh gegen ¼8 Uhr wollte der beim Schleusenbau in Löbtau bei Dresden beschäftigte Arbeiter Hoffmann sich neben der Baubude Kaffee kochen. Er baute sich dazu aus Steinen einen Herd und benutzte zum Wasserkochen einen Blechtopf, der sonst zum Erwärmen der Dynamitpatronen benutzt wird. Durch irgend welchen Umstand fiel der Topf um und ergoß seinen Inhalt ins Feuer. In demselben Augenblick gab es einen kanonenschußartigen Knall, und Hoffmann wurde von den auseinanderfliegenden Steinen fast zerschmettert. Die Beine und teilweise die Arme sind ihm zerschlagen, an der Brust und im Gesicht hat er bedeutende Verletzungen. Der schwer Verletzte wurde in das Karolahaus überführt. Hoffmann ist 29 Jahre alt und erst seit 6 Wochen verheiratet. Es wird angenommen, daß sich in dem Topfe noch Teile von Nitroglyzerin befunden haben, die durch das Umkippen des Topfes explodierten.

— Auf einem Neubau an der Kasernenstraße in Döbeln ereignete sich gestern früh ¾8 Uhr ein schweres Unglück. Der daselbst beschäftigte 21 Jahre alte Klempnergehilfe Hausmann aus Meinsberg stürzte vom Dache, 3 Stockwerk hoch, herab und zog sich durch den Fall einen Schädelbruch zu. Es erfolgte die sofortige Ueberführung des schwerverletzten jungen Mannes nach dem Stadtkrankenhause, wo derselbe um ½12 Uhr verstarb. Für die Eltern, die Mutter war zum gestrigen Wochenmarkt in Döbeln anwesend, ist das Unglück um so schmerzlicher, als ihnen schon im vor. Jahre ein 20 Jahre alter Sohn durch den Tod des Ertrinkens entrissen wurde.

— Am Sonntag erstickte in Kieritzsch bei Borna ein sechs Jahre altes Mädchen infolge Verschluckens einer Bohne.

— Zum französischen Generalkonsul in Leipzig ist der bisherige französische Generalkonsul in Genf, Etienne Louis Emile Champy, ernannt worden.

— In Annaberg verstarb am Mittwoch im Alter von 67 Jahren Professor Berlet, Rektor des dortigen königlichen Realgymnasiums, welcher durch seine schriftstellerischen Arbeiten auf geschichtlichem und geographischem Gebiet, insbesondere durch seine litterarische Thätigkeit zur Förderung des Touristenverkehrs im Erzgebirge, in weiteren Kreisen bekannt geworden ist.

— Vor einigen Tagen explodierte in Rodewisch eine Petroleumlampe, wobei ein zweijähriger Knabe derartig verletzt wurde, daß er an dem darauffolgenden Tage seinen Wunden erlag. Auch der Vater des Knaben erlitt schwere Brandwunden.

— Erfroren! Nahe der Adlerschen Schankwirtschaft beim Kohlenabladeplatz des Bahnhofes zu Altgersdorf fand man am Montag morgen in der zweiten Stunde den Schuhmacher Ehrentraut von dort, Vater von drei Kindern, tot auf. Derselbe dürfte bei seiner Heimkehr Sonntag nachts den Weg verfehlt haben, ist in den Straßengraben gefallen, dort wahrscheinlich eingeschlafen und dann infolge der damals herrschenden strengen, schneidenden Kälte erfroren.

— Der bei der am 12. November in Ebersbach stattgefundenen Benzin-Explosion schwer verletzte Drogist Hofmann ist seinen schweren Verletzungen erlegen.

— In der Nacht zum Montag ist der größere Teil des Dorfes Reicholdsgrün bei Kirchenlamitz abgebrannt. 15 Wohnhäuser mit Nebengebäuden sind eingeäschert. Entstehungsursache ist unbekannt. Es ist dies der untere, ältere Teil des Dorfes, welcher nach dem Brande von 1852 stehen geblieben und noch aus schlechtem Fachwerk gebaut und mit Schindeln gedeckt war. Erhalten wurde auf dieser Seite nur eine Scheune. Von dem ganzen Dorfe stehen noch 10 Anwesen.